

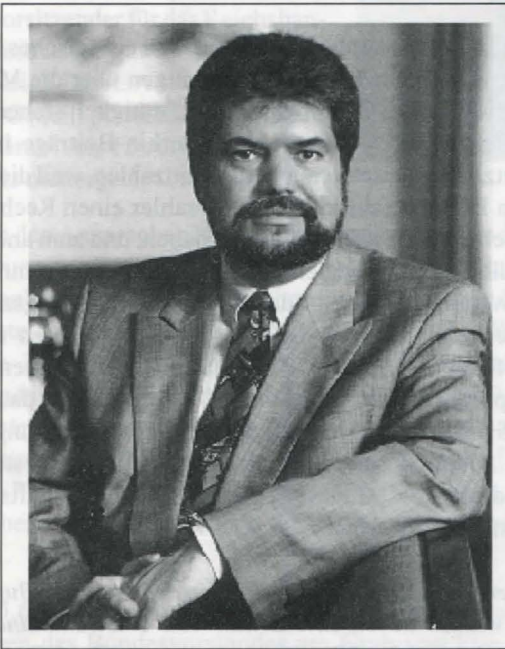


Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Interview mit Kurt Beck Ministerpräsident von Rheinland - Pfalz



Welche Vorstellungen haben Sie, damit die Pensionen der Beamten auch künftig noch bezahlbar sind?

Mit der Rentenreform 1992 konnte die SPD erste Schritte zur Angleichung der Alterssicherungssysteme zwischen Arbeitern und Angestellten auf der einen und Beamten auf der anderen Seite durchsetzen. Diese sind jedoch nicht ausreichend. Deshalb muß ein Aspekt einer neuen Rentenreform eine weitergehende Harmonisierung der Alterssicherungssysteme sein. Damit verbunden ist eine Reform des öffentlichen Dienstrechts, deren Ziel sein muß, daß zukünftig der Beamtenstatus auf ausdrücklich hoheitliche Aufgaben beschränkt ist.

Ist Ihnen bekannt, daß für Beamte, Richter und Zeitsoldaten, die in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht pflichtversichert sind, eine besondere Lohnsteuertabelle anzuwenden ist? Hier ist die Lohnsteuer höher als bei den übrigen Lohnsteuerpflichtigen.

Müßte die von den Beamten mehr gezahlte Lohnsteuer nicht für die spätere Pension verwendet werden?

Die besonderen Beiträge, die Beamte bereits jetzt leisten, sind mir bekannt. Die Pensionen sind allerdings

auch in der Regel höher als die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Je stärker die Systeme angeglichen werden - und dafür spreche ich mich aus - destomehr sollten jeweilige Begünstigungen oder Benachteiligungen aufgehoben werden.

In Israel hat die dortige Arbeiterpartei ihren Spitzenkandidaten für die Parlamentswahlen durch eine Mitgliederbefragung ermittelt. Gleichzeitig hat das Parlament beschlossen, daß neben den Parlamentswahlen der Ministerpräsident direkt durch das Volk zu wählen ist.

Könnten Sie sich ein solches Verfahren auch für die SPD und für die Bundestagswahlen vorstellen?

Ich bin einer Stärkung von plebiszitären Elementen sowohl im staatlichen Bereich als auch im Bereich der Parteien sehr aufgeschlossen. Mitgliederbefragungen in Personalentscheidungen erscheinen mir nur dann sinnvoll, wenn es um personelle Alternativen geht und die Entscheidungsverfahren der gewählten Gremien als nicht genügend erscheinen. Dies ist nach meiner Auffassung bei der Auswahl des SPD-Kanzlerkandidaten für die nächste Bundestagswahl nicht der Fall.

Teilen Sie die Ansicht von Gerhard Schröder, daß der Nachweis wirtschaftlicher Kompetenz bei der Bundestagswahl wahlentscheidend ist?

Dies ist nicht nur die Ansicht von Gerhard Schröder, sondern von fast allen maßgeblichen Personen - Oskar Lafontaine und Kurt Beck inklusive. Die wirtschaftliche Kompetenz war nach meinem Eindruck auch ausschlaggebend für die Wiederwahl von Bill Clinton zum amerikanischen Präsidenten.

Für das Reichsbanner waren Nazis und Kommunisten die Hauptfeinde der Demokratie, mit denen es keine Gemeinsamkeiten geben durfte. Wir würden es nicht verstehen, wenn sich jemals ein Sozialdemokrat oder Christdemokrat mit den Stimmen von NPD, Republikanern oder der PDS zum Bundeskanzler wählen ließe. Teilen Sie unsere Ansicht?

Ja.

Das Bundeswahlrecht weist nach unserer Ansicht Mängel auf. So haben bei der letzten Wahl die CDU = 12 Überhangmandate und die SPD = 4 Überhangmandate erhalten. Für die anderen Parteien gab es keine Ausgleichsmandate, wie es laut Wahlrecht in vielen Bundesländern der Fall ist. Bei einem knappen Wahlausgang, wie zuletzt, erscheint uns dies sehr bedenklich, wenn die anderen Parteien weitaus mehr Stimmen aufbringen müssen, um ein Mandat zu erhalten.

Hätte hier nach Ihrer Ansicht ein Gang zum Bundesverfassungsgericht nicht Aussicht auf Erfolg gehabt?

Die Frage ist durch die jüngsten Wahlrechtsurteile des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 1997, mit denen sowohl die sogenannte Grundmandateklausel als auch die umstrittene Regelung zu den Überhangmandaten für verfassungsgemäß erachtet wurde, inzwischen beantwortet. Angesichts der knappen 4:4-Abstimmung zur verfassungsrechtlichen Problematik der Überhangmandate, die sehr selten ist - die letzte Patt-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts liegt schon 8 Jahre zurück -, stellt sich allerdings die Frage nach den politischen Folgerungen aus dieser Bundesverfassungsgerichtsentscheidung. Ich denke, daß die knappe Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts als Aufforderung an das Parlament zum Handeln verstanden werden sollte. Von daher unterstütze ich die von Rechtsexperten meiner Partei erhobene Forderung, durch eine Änderung im Wahlrecht eine Ausgleichsregelung für Überhangmandate zu schaffen.

Wie festzustellen ist, haben nicht wenige ehemalige Bürger der DDR und vor allem die dem Unrechtsregime treu gedient haben durch eine mit der Einheit bedingte horrende Wertsteigerung ihres Vermögens in Millionenhöhe erfahren und sind somit zu unverdienten Gewinnern der Einheit geworden.

Es wäre nun recht und billig, wenn diese Einheitsgewinnler mit einer Art Lastenausgleich belegt würden, wie das ähnlich nach 1950 in der Bundesrepublik praktiziert wurde.

Würde sich das Land Rheinland-Pfalz im Bundesrat für ein solches Gesetz einsetzen, um mit den daraus erzielten Mitteln den Bundeshaushalt zu entlasten bzw. zum Aufbau der neuen Bundesländer zu verwenden?

Ob diese Feststellung in sachlicher Hinsicht zutrifft, vermag ich ohne eine nähere Überprüfung nicht einzuschätzen. Allgemein gesehen hat sich im Gesetzgebungsverfahren die Praxis herausgebildet, daß die neuen Bundesländer in Angelegenheiten, die in ihrer eigenen Interessenssphäre liegen, von sich aus initiativ werden. Erweist sich die vorgeschlagene Regelungsmaterie als stichhaltig und sachgerecht, so werden Gesetzentwürfe durchaus auch von den alten Bundesländern unterstützt.

Wegen der zunehmenden Lebenserwartung und der abnehmenden Zahl der Beitragszahler zur Rentenversicherung ist das bisherige Umlagesystem in der Rentenversicherung wohl künftig nicht mehr finanzierbar.

Welche Lösung strebt die SPD an, und könnte sie sich für eine Einheitsgrundrente erwärmen?

Die Ursachen für die derzeitigen finanziellen Schwierigkeiten der gesetzlichen Rentenversicherung liegen in der langandauernden Massenarbeitslosigkeit und in der falschen Finanzierung der deutschen Einheit. Der gesetzlichen Rentenversicherung wurden Aufgaben aufgebürdet, die nicht aus den Kassen der Sozialversicherungen, sondern über Steuern finanziert werden sollten, wie zum Beispiel Fremdreten und die rentenrechtliche Entschädigung von SED-Unrecht.

Erst ab dem Jahr 2015 wird die demographische Entwicklung, das heißt das Verhältnis von Beitragszahlenden zu Leistungsempfängern, problematisch. Hier gilt es, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, die gewährleisten, daß zum einen diejenigen, die dann aktiv im Arbeitsleben stehen, nicht übermäßig belastet werden und zum anderen Rentnerinnen und Rentner nicht mit einer Minimalrente auf Sozialhilfeniveau abgespeist werden.

Eine Einheitsgrundrente wäre jedoch ein falsches Konzept, weil sie insbesondere diejenigen über die Maßen belastet, die am Beginn ihrer Berufstätigkeit stehen. Sie müßten nämlich zum einen weiterhin Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, weil die heutigen Beitragszahlerinnen und -zahler einen Rechtsanspruch auf eine Rentenleistung haben, und zum anderen für die Finanzierung eines Kapitalstocks aufkommen. Notwendig ist, die Solidarität zwischen Beitragszahlerinnen und -zahlern, Leistungsempfängerinnen und -empfängern und dem Bund aufrecht zu erhalten und entsprechende Wege zu finden, daß auch über das Jahr 2015 hinaus die gesetzliche Rentenversicherung auf eine solide Basis gestellt werden kann. Aufgestockte Bundesmittel sollten aus einer erhöhten Erbschaftsteuer finanziert werden.

Um zu verhindern, daß die PDS in den nächsten Bundestag wieder durch den Erhalt von 3 Direktmandaten einzieht, werden Überlegungen angestellt, daß in „gefährdeten“ Wahlkreisen CDU bzw. SPD auf die Aufstellung eines eigenen Wahlkreiskandidaten verzichten und einen demokratischen Bewerber unterstützen. Befürworten Sie solche Überlegungen?

Angesichts der geringen Präsenz der PDS in Rheinland-Pfalz spielt diese Frage hier nur eine untergeordnete Rolle. Im übrigen meine ich aber, daß der PDS vorrangig mit politischen Mitteln und nicht mit „Manipulationen“ im Wahlrecht begegnet werden sollte.

Im Gegensatz zu Rot-Grünen Landesregierungen, wo es immer mal wieder im Getriebe knirscht, erscheint die Zusammenarbeit zwischen SPD und FDP in Rheinland-Pfalz harmonisch zu verlaufen. Könnte das, falls es das Ergebnis der kommenden Bundestagswahl zuläßt, ein Modell für Bonn sein?

Nach meinem Eindruck verläuft die Zusammenarbeit von FDP und SPD in Rheinland-Pfalz nicht nur harmonisch sondern auch ausgesprochen produktiv. Über die kommenden Bundestagswahlen möchte ich jetzt nicht spekulieren.

Die Fragen stellte Hans Bonkas.

Das Reichsbanner in Heidelberg

Zur Erinnerung an das Gautreffen des Reichsbanners vor 70 Jahren in Heidelberg hat uns die Stiftung Reichspräsident Friedrich Ebert Gedenkstätte eingeladen, nach Heidelberg zu kommen. Bei der Begrüßung durch Bürgermeister Dr. Jürgen Beß, Ministerin a.D. Brigitte Unger-Soyka und Dr. Walter Mühlhausen wurde vor geladenen Gästen daran erinnert, daß vor genau 70 Jahren führende Repräsentanten der Weimarer Republik beeindruckende Reden gehalten haben. Alfred Körner sprach als Bundesvorsitzender für das Reichsbanner und unser gutes Verhältnis zu Friedrich Ebert. Außerdem wurde eine Gedenkplatte angebracht und am Grab von Friedrich Ebert ein Kranz niedergelegt.

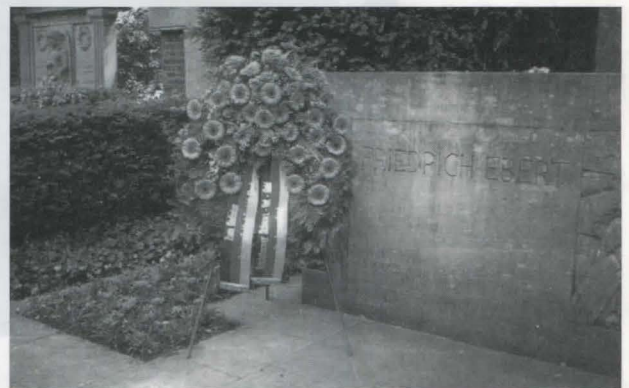


von links: Bürgermeister a.D. Bodo Käppel, Ministerin a.D. Brigitte Unger-Soyka, Hans Bonkas, Prinzessin Helgazu Löwenstein, Bundesvorsitzender A. Körner, Dr. Mühlhausen, Dr. Zühlsdorff, Bernd Braun und Bürgermeister Dr. Jürgen Beß.

Nach den Ansprachen haben wir unter der fachkundigen Führung von Bernhard Braun einen Rundgang durch die Gedenkstätte mit Geburtswohnung und der ständigen Ausstellung, Friedrich Ebert - sein Leben, sein Werk, seine Zeit - unternommen. Bei einem gemeinsamen Abendessen mit Vertretern der Heidelberger SPD, u.a. der stellvertretenden Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Brigitte Unger-Soyka und dem langjährigen SPD-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Soell, wurde über Friedrich Ebert und die damalige Zeit gesprochen.

Am 5.6. hat unser Bundesvorsitzender Alfred Körner im Namen des Bundesvorstandes am Grab von Friedrich Ebert einen Kranz niedergelegt. Diese 2 Tage in Heidelberg waren für uns sehr beeindruckend.

Hans Bonkas



Kranzniederlegung am Grab von Friedrich Ebert

Interview mit dem Vorsitzenden der Frankfurter Flughafen AG, Dr. Wilhelm Bender

Wieviel Prozent

a) des deutschen Fluggastaufkommens und

b) des deutschen Frachtaufkommens

werden über den Frankfurter Flughafen abgewickelt?

a) 34,2 Prozent

b) 68,8 Prozent

Der Rhein-Main Flughafen Frankfurt liegt im europäischen Vergleich im Fluggastaufkommen an 2. Stelle hinter London-Heathrow. Sehen Sie eine Chance für Frankfurt, in absehbarer Zeit die Nummer 1 zu werden, und sind die jährlichen Steigerungsraten gegenüber Heathrow höher oder niedriger?

Da sich die Zuwachsraten der beiden Flughäfen in ähnlichen Größenordnungen entwickeln, ist bei einem Passagieraufkommen von 55,7 Millionen in London Heathrow gegenüber rund 39 Millionen in Frankfurt vorerst keine Änderung der Rangordnung abzusehen. Die schiere Größe ist auch nicht das erklärte Ziel des Frankfurter Flughafens, sondern vor allem die qualitative Ausrichtung des Unternehmens im Interesse der Kunden.

Wieviel der Fluggesellschaften, die Frankfurt anfliegen, lassen ihre Flugzeuge auch hier warten?

Frankfurt ist die Heimatbasis der Lufthansa-Flotte, für deren Wartung allein drei Flugzeughallen zur Verfü-

gung stehen. Daneben haben Delta Air Lines, Condor und Aero Lloyd komplette Wartungshallen angemietet. Hier lassen auch die Fluggesellschaften ohne eigene Hallenkapazitäten größere Instandsetzungsarbeiten im Rahmen von technischen Betreuungsvorgängen durchführen.

Wie weit ist der Frankfurter Flughafen noch belastbar, bis er an die Grenzen seiner Kapazität stößt?

Bei den Fluggastanlagen kann durch eine Reihe von Erweiterungsmaßnahmen (Bauliche Verbindung Terminal 1 und Terminal 2, Verlängerung Flugsteig A und Satellit F vor dem Terminal 2) die Passagierkapazität schrittweise auf einen Wert von bis zu 60 Millionen angehoben werden.

Bei der Fracht gehen wir mit Hilfe der gerade entstehenden Cargo City Süd von einer Verdoppelung der Umschlagskapazität auf ca. 2,7 Millionen Tonnen aus.

Der Spitzenstundeneckwert für die Starts und Landungen wird jährlich um zwei Bewegungen pro Stunde bis auf 80 Flugbewegungen im Jahr 2000 erhöht. Die Möglichkeit weiterer Anhebungen durch die Entwicklung noch präziserer Navigations- und Flugsicherungstechnologien ist absehbar.

London hat zur Zeit mit Heathrow den größten europäischen Flughafen. Dazu gibt es noch den Flughafen London-Gatwick. Tragen Sie sich mit dem Gedanken, in unmittelbarer Nähe von Frankfurt einen weiteren Flughafen zu errichten für den Fall, daß zusätzliche Starts und Landungen in Frankfurt nicht mehr möglich sind?

Der Bau eines neuen Flughafens im dichtbesiedelten Rhein-Main-Gebiet ist undenkbar.

Wieviel Starts und Landungen erfolgen täglich in Frankfurt und wieviel davon in Spitzenzeiten?

Mehr als tausend Flugbewegungen werden an einem Durchschnittstag in FRA abgewickelt. Der größte Teil davon konzentriert sich auf die vier täglichen Verkehrsspitzen.

Sind Sie für eine Aufhebung des Nachtflugverbots in Frankfurt?

Nein, die Nachtflugbeschränkungen stellen einen Kompromiß zwischen dem Ruhebedürfnis der Bevölkerung in der Nachbarschaft und den Idealbedingungen für den Flugbetrieb dar.

Wünschenswert wäre aus unserer Sicht lediglich eine flexiblere Honorierung der besonders lärmarmen Flugzeugmuster der neuesten technischen Generation.

Ist der Luftraum über Frankfurt z.Zt. noch sicher? Falls ja, um wieviel Prozent könnten Starts und Landungen noch erhöht werden?

Im Luftverkehr ist Sicherheit das oberste Gebot. Eine Intensivierung des Betriebs ist nur unter dieser Prämisse möglich. Die Aufnahmemöglichkeiten des Luftraums

sind zwar erst zu einem Teil ausgeschöpft, aber Veränderungen müssen mit allen am System Luftverkehr beteiligten Organisationen harmonisiert werden.

Als Fluggast hat man den Eindruck, daß Terminal 2 gegenüber Terminal 1 erheblich weniger frequentiert ist. Ist dieser Eindruck falsch?

Dieser Eindruck ist richtig. Das Passagieraufkommen im Terminal

2 wächst kontinuierlich in die ausgewiesene Kapazität von 12 Millionen Fluggästen hinein. Aber auch dann wird Terminal 1 von etwa drei mal so viel Menschen frequentiert.

Ist so ein Brand mit Todesopfern, wie im vergangenen Jahr im Düsseldorfer Flughafen geschehen, auch in Frankfurt möglich?

Ein Brand läßt sich natürlich nicht mit hundertprozentiger Gewißheit ausschließen. Aber durch ein aufwendiges System von Rauchmeldern, Sprinkleranlagen und baulichen Abschottungen ist die Wahrscheinlichkeit auf ein Minimum reduziert.

Wenn steigende Flugbewegungen über dem Rhein-Main-Gebiet in absehbarer Zeit nicht mehr zu bewältigen sind, wie sehen Sie dann die Zukunft für den Frankfurter Flughafen:

a) Alle Inlandflüge zu streichen und nur noch Flüge außerhalb Deutschlands zu genehmigen. Der Fluggast soll auf die Bahn ausweichen.



b) Immer größere Flugzeuge mit erhöhter Sitzplatzkapazität einzusetzen und Flugzeugen mit weniger als 50 Sitzplätzen die Starts und Landungen zu verweigern.

c) In unmittelbarer Nähe von Frankfurt einen Ausweichflughafen zu bauen.

Mit der Fertigstellung des ICE-Bahnhofs am Flughafen im Jahr 2000, der praktisch die Funktion eines dritten Terminals übernimmt, wird sich ein großer Teil des innerdeutschen und darüber hinaus des mitteleuropäischen Flugverkehrs auf die Hochgeschwindigkeitszüge der Bahn verlagern. Der Flughafen Köln-Bonn, mit dem wir künftig eng zusammenarbeiten wollen, ist dann über die Schiene in nur 53 Minuten Fahrzeit zu erreichen.

Wird ab dem Jahre 2000 der geplante neue Flughafen für die Bundeshauptstadt Berlin Frankfurts größte Konkurrenz sein?

Wir betrachten die anderen deutschen Flughäfen nicht als Konkurrenten, sondern als sinnvolle Komponenten des inländischen Luftverkehrsnetzes. unsere Wettbewerber sind wichtige europäische Großflughäfen wie London, Paris und Amsterdam. Dabei weist Frankfurt mit 35 Millionen Einwohnern im 200-Kilometer-Radius das bevölkerungsstärkste Einzugsgebiet aus.

Sie sind Vorsitzender einer AG, doch die Aktien der FAG kann man leider an der Börse nicht erwerben, da sie fest in der Hand des Landes Hessen, des Bundes und der Stadt Frankfurt sind.

Wäre es für die künftige Entwicklung der FAG besser, wenn die Aktien an der Börse frei gehandelt werden, und welche Dividende wurde für 1996 an die jetzigen Aktionäre ausgezahlt?

Die FAG wird nach privatwirtschaftlichen Prinzipien geführt. Andere Eigentumsverhältnisse würden daher keine wesentlichen Veränderungen der Unternehmensziele bedeuten. Eine Entscheidung hierzu wäre aber Sache der Aktionäre.

Das Reichsbanner hat seit 1995 mit Zeitzeugen der Nazi- und SED-Diktaturen und Auszubildenden der FAG Seminare durchgeführt. Das Gespräch mit den Zeitzeugen hat bei den vorbildlich mitarbeitenden Auszubildenden einen sehr nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Sie wünschen sich alle die Fortsetzung dieser Seminare. Können Sie uns hierbei, wie auch die Hessische Landesregierung, unterstützen?

Diesen Wunsch werde ich gerne an unseren Ausbildungsbereich weitergeben.

Hat sich das Verhältnis zu den umliegenden Gemeinden des Flughafens entspannt?

Das Verhältnis zu den umliegenden Gemeinden hat sich entspannt. Wir entwickeln unser Unternehmen im Dialog mit dem Umland und fühlen uns eingebunden in die gesamtgesellschaftliche Entwicklung.

Hans Bonkas



Wieder wurde eine alte Reichsbannerfahne aufgefunden und übergeben:
diesmal aus dem früheren Ortsverein Feuchtwangen

Seminar in der Gustav-Heinemann-Akademie in Frankenberg mit Zeitzeugen der Nazi- und SED-Diktatur und Auszubildenden der Frankfurter Flughafen AG

Gemeinsam mit der Friedrich Ebert Stiftung haben wir vom 9. - 13. 6. in der Gustav Heinemann Akademie in Freudenberg ein Seminar mit hochrangigen Referenten, u.a. dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis, dem ehemaligen Vorsitzenden der Bundes-SPD und jetzigem Vorsitzenden des Vereins „Gegen Vergessen“, Dr. Hans Jochen Vogel und dem Vorsitzenden der Frankfurter Flughafen AG,

Dr. Wilhelm Bender, sowie Staatssekretär a.D., Reinhard Bartholomäi, Frankfurt am Main, und Oberstaatsanwalt Dr. Jürgen Grasemann, Braunschweig, durchgeführt.

Dieses Seminar fand auch bei der Presse, u.a. der Westfalenpost und Westfälischen Rundschau Beachtung. Siehe dazu den nachstehenden Zeitungsausschnitt.

Hans Bonkas

änder Morgenzeitung

Westfalenpost

Freitag, 13. Juni 1997



Den zahlreichen Fragen von Zeitzeugen und Jugendlichen stellte sich Ignatz Bubis im Rahmen des Seminars unter dem Thema: „Nationen, Patriotismus und Nationalismus in Deutschland“.

WP-Foto: Annette Hauser

Patrioten und Nationale

Ebert-Stiftung: Debatte mit hochrangigen Referenten

Freudenberg. (aha) Im Rahmen eines fünftägigen Seminars der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung und des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ referierten eine Reihe prominenter Gäste zum Thema „Nationen, Patriotismus und Nationalismus in Deutschland“.

Besonders wichtig sei in diesem Jahr die Einbeziehung und Auseinandersetzung mit jungen Leuten, so Seminarleiter Bonkas. Man müsse gerade der jungen Generation klar machen, wohin radikales politisches Verhalten führe.

Den Auftakt der Gastreferenten machten im Anschluß daran Dr. Volkmar Zühlsdorff, Ehrenpräsident des

Deutschen Autorenverbandes und Prinzessin Helga zu Löwenstein. Als Zeitzeugen berichteten sie über den Kampf des „Reichsbanners“ gegen Nazis und Kommunisten in der Weimarer Republik.

Reinhard Bartholomäi, Staatssekretär a.D., referierte über „Patriotismus während der Nazizeit“, Sigmar Faust, Landesbeauftragter für Angelegenheiten des Staatssicherheitsdienstes, zum Thema „Patriotismus in der ehemaligen DDR“.

Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, sprach über das Thema „Politische Verantwortung der heranwachsenden Generation im Inneren

und nach außen als Perspektive für ein friedliches Deutschland“.

Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit seien in der heutigen Zeit stärker vorhanden, als die Menschen es zugeben wollten, so Bubis. Selbst diejenigen, die sich als tolerant bezeichneten, seien eigentlich eher gleichgültig. Was fehle, sei das Interesse am Mitmenschen nach dem Motto: „Was gehen mich die Probleme des Anderen an?“

Es handele sich offensichtlich um ein Generationsproblem. Unter den jüngeren Leuten seien Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit viel weniger verbreitet, als in der älteren Generation.

Im Anschluß an seinen

Vortrag diskutierte Bubis mit Zeitzeugen und jungen Auszubildenden der Frankfurter Flughafen AG.

Materielle Sorgen seien kein oder allenfalls ein vorgeschobener Grund für Fremdenfeindlichkeit. Die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit müsse in den Familien beginnen. Man dürfe sich nicht auf Politik und Schule verlassen. Jeder einzelne Bürger müsse lernen, ardirenen gegenüber verantwortungsbewußt zu sein, so Bubis.

Der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, heute Vorsitzender des Vereins „Gegen das Vergessen“ diskutierte mit den Gästen über den Umgang mit NS-Regime und SED-Diktatur.

Reichsbanner intern

Bundesvorstandssitzung

Bitte fest einplanen: **Am Samstag, dem 11. Oktober** findet von 11.³⁰ bis ca. 16.⁰⁰ Uhr im Gewerkschaftshaus Frankfurt unsere nächste Bundesvorstandssitzung statt. Wer am gleichen Tage wegen größerer Entfernung eine Übernachtung benötigt, möchte dies rechtzeitig mitteilen, damit wir ein Zimmer reservieren. Einzelheiten zur Tagesordnung werden rechtzeitig zugestellt.

Alfred Körner

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Erscheint seit 1924

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 10,00 DM einschließlich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Das Konto unserer Bundeskasse ist bei der Bank für Gemeinwirtschaft in 60325 Frankfurt am Main, Konto-Nr. 100 77 651 00, BLZ 500 101 11.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt.

Redaktion und Pressesprecher: Alexander Matwejew (presserechtlich verantwortlich), Hans Bonkas (stellv. Pressereferent).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

AUFNAHME - ANTRAG

Ich beantrage meine Aufnahme als Mitglied und erkläre mich bereit, einen Monats-/Jahres-Beitrag nach Selbsteinschätzung - mindestens DM 3.00 monatlich -

DM monatlich/jährlich

zu zahlen. Die Aufnahmegebühr beträgt einen Monats- bzw. 1/12 Jahresbeitrag.

....., den 19
(In Block- oder Maschinenschrift erbeten)

Name:

Vorname:

Beruf/Stand:

geboren am: in

Anschrift
(Straße)

PLZ-Ort:

Telefon:

RB-Zugehörigkeit bis 1933: seit: in

politisch, rassisch, religiös Verfolgter? (Zutr. unterstr.)

Antrag veranlaßt durch:

(Eigenhändige Unterschrift)

1. Vorstand zum Beschluß:
2. Nachricht an Antragsteller
3. Nachricht an Schatzmeister

Betrifft: Zeitschrift **DAS REICHSBANNER**
Schicken Sie die Zeitung an mich / uns ab Heft zum Jahresbezugspreis auch an:
von DM 10.- + Versandkosten - und unverbindlich ab Heft
(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Vor- und Zuname

Straße:

PLZ - Ort:

Datum: Unterschrift



Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 52.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, daß unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

Flughafen
Frankfurt/Main

Service zwischen Himmel und Erde